



---

## **Diskussion [2] / Wissenschaftliche Sitzung der Versammlung der Akademiemitglieder am 27. Juni 2014**

In: Nach der Exzellenzinitiative - Zukunft des Wissenschaftssystems : Streitgespräche in den Wissenschaftlichen Sitzungen der Versammlung der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften am 29. November 2013 und am 27. Juni 2014. – Berlin: 2014, S. 92-98 (Debatte ; 13)

Persistent Identifier: [urn:nbn:de:kobv:b4-opus4-25800](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:kobv:b4-opus4-25800)

---

Die vorliegende Datei wird Ihnen von der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften unter einer Creative Commons Attribution-NonCommercial-ShareAlike 3.0 Germany (cc by-nc-sa 3.0) Licence zur Verfügung gestellt.



## Diskussion

**MICHAEL ZÜRN** Dankeschön, Herr Mayer, die Diskussion ist eröffnet. Der Titel des Vortrags war „Kollateralschäden des Föderalismus“ und das impliziert in der Tat die Frage, ob nicht fehlende Dauerstellen und die Verfügbarkeit von befristeten Projektstellen quasi eine Nebenwirkung ist, die so nicht intendiert war, aber innerhalb gegebener Strukturen repariert werden kann. Ich frage mich aber auch, ob das nicht eine ganz logische Implikation der Umstellung der Förderung der Hochschullandschaft von institutioneller Förderung – um diesen Begriff der klassischen alten Hochschulförderung zu verwenden – hin zu einer Projektforschung ist, in der eben die DFG heute eine ganz andere Rolle spielt als noch vor 30 Jahren. Ist das nicht die logische Implikation dessen, dass man über Drittmittel Wettbewerb stiftet und dieser Wettbewerb natürlich nur über zeitlich befristete Mittel funktioniert, und zeitlich befristete Mittel wiederum dazu führen, dass keine Dauerstellen eingeführt werden können, umgekehrt aber dann natürlich dem System Geld für Dauerstellen an den Universitäten entzogen wird. Also: Ist es nicht eigentlich ein Kollateralschaden der Umstellung auf mehr Wettbewerb und insofern noch viel tiefgreifender als nur ein Kollateralschaden des Föderalismus?

**KARL ULRICH MAYER** Also ich würde zunächst einmal insofern dagegenhalten, als jedenfalls die Bindung des Bundes, nur über Projekte Mittel in Hochschulen fließen lassen zu können, ja ganz offensichtlich Programme produziert hat, mit denen – ich habe das mal für die Exzellenzinitiative ausgerechnet – in allen drei Förderlinien zusammen über 50 % der Mittel in Promotionen gesteckt werden. Das ist eine unmittelbare Folge. Im Übrigen muss man auch sagen, dass die Ausweitung der DFG-Förderung in den 1960er und 1970er Jahren – das ist jetzt natürlich eine historische Interpretation – ja sicher auch etwas mit dem Misstrauen der Politik in die Hochschulen zu tun hatte, die – und das war damals sicher gar nicht unangemessen – lieber das Geld der DFG gegeben hat, damit die Mittel in einem wettbewerblichen Ver-

fahren ausgegeben werden, als sie den Universitäten direkt zuzuordnen. Auch das hat bereits diese Diskrepanz produziert.

**MICHAEL ZÜRN** Herr Stock, bitte.

**GÜNTER STOCK** Wie würde man den Vortrag halten, wenn man glauben würde – was die Politiker ja tun –, dass wir einen europäischen Forschungsraum haben, und wenn wir daran glauben würden, dass auch wir im Förderverhalten und im Antragstellen diesen europäischen Forschungsraum bereits leben? Also: Wie würde man Ihren Vortrag im Hinblick auf die nächsten Jahre, auf ein neues Wissenschaftssystem in einem langsam aber doch signifikant entstehenden europäischen Forschungsraum halten? Was müsste man da anders tun oder anders formulieren?

**KARL ULRICH MAYER** Ich würde zunächst einmal eine große Gefahr beschreiben, nämlich die Gefahr dessen, was ich als überbordende Programmsteuerung der Forschungsförderung genannt habe. Wir haben ja eine Situation, in der erhebliche Mittel nach Brüssel gehen, die dort eng geführt werden durch eine ganz enge Themensetzung und dann mit einem erheblichen administrativen Abschlag sozusagen als Aufforderung, uns um diese Forschungsmittel zu bewerben, zu uns zurückkommen. Insofern glaube ich, es muss eine Art Umbau der europäischen Forschungspolitik geben, die ähnlich der Differenzierung in der deutschen Forschungspolitik, unterschiedliche Forschungsagenturen mit unterschiedlichen Zweckbindungen definiert, die nicht mittelbar der Politik der Kommission unterworfen sind. Das ist vermutlich eine etwas andere Antwort als Sie das vielleicht antizipiert haben. Aber ich glaube, an dem Punkt wären wir gut bedient, wenn wir die Vorzüge unseres Systems auf europäischer Ebene – auch über das European Research Council hinaus – erhalten würden.

**MICHAEL ZÜRN** Herr Knobloch und Frau Fischer-Lichte.

**EBERHARD KNOBLOCH** Herr Mayer, Sie haben in sehr sympathischer Weise die Schwierigkeiten des wissenschaftlichen Nachwuchses angesprochen und ich möchte das ein bisschen vertiefen mit Blick auf die Trennung in außer-universitäre und universitäre Forschung. Es gibt nämlich eine Verzerrung für den Nachwuchs. Wenn er an den Max-Planck-Instituten tätig ist, wird er

verwöhnt. Das muss man jetzt nicht schlimm finden, aber spätestens, wenn es um die Dauerstellen geht und um die geht es, denn diese Leute haben immer nur befristete Verträge, orientieren sie sich Richtung Universität. Der tüchtige Hochschulassistent aber an der Universität, und ich spreche jetzt auch von meinen eigenen Mitarbeitern, hat noch ganz andere Aufgaben zu erledigen. Wenn jetzt die Lehrkompetenz keine wichtige Rolle spielt – und das tut sie in den Außeruniversitären ja in der Regel nicht, haben diese Wissenschaftler von vornherein ein wenig das Nachsehen. Das Zweite ist jetzt sehr aktuell. Sie haben ja einen in meinen Augen vernünftigen Unterschied gemacht zwischen Projektforschung und institutioneller Forschung. Kürzlich konnte man im Tagesspiegel die in meinen Augen merkwürdigen Vorstellungen des ehemaligen Wissenschaftssenator Turner nachlesen, der Bund sollte sich stärker in den Universitäten organisieren oder engagieren und man könnte doch die Max-Planck-Institute des berlin-brandenburgischen Raums zu einer Bundesuniversität zusammenfassen. Hier scheinen mir sozusagen die Dinge also endgültig durcheinander gebracht worden zu sein. Mich würde interessieren, wie Sie zu diesen Vorstellungen von Herrn Turner stehen, aber vielleicht auch zu der ersten Frage.

**ERIKA FISCHER-LICHTE** Zunächst einmal herzlichen Dank. Ich möchte gern zu dem ersten Punkt über den Karriereweg etwas sagen. Ich stehe wohl kaum in dem Verdacht, gegen Drittmittelprojekte zu sein, möchte allerdings auf eine Entwicklung hinweisen, die sich gerade in den letzten zehn bis fünfzehn Jahren deutlich verstärkt hat. In den Universitäten hängen die Möglichkeiten einzelner Hochschullehrer sehr stark davon ab, wie viele Drittmittel sie in das System einbringen. Dadurch haben sich m. E. einige Kolleginnen und Kollegen dazu animieren lassen, größere Verbände für ein Projekt zu bilden, das sie selbst ebenso gut in mehreren einzelnen kleineren Projekten hätten durchführen können. Auf diese Weise wurde ohne Not eine Fülle von Nachwuchswissenschaftlern, Doktoranden und Postdoktoranden geschaffen, für die der deutsche Markt vor allem in den kleineren Fächern keine Möglichkeiten bietet. Daher würde ich meine Aufmerksamkeit nicht so sehr auf das föderale System richten. Eher stellt sich die Frage, ob diese jungen Leute so gut ausgebildet werden, dass sie auch im europäischen Raum bestehen können. Wie sieht es denn aus mit ihren Fähigkeiten, einschließlich ihrer sprachlichen Fähigkeiten, und den Netzwerken, die sie in dieser Zeit gebildet haben? Ganz viele junge Leute aus unseren Sonderforschungsberei-

chen haben z. B. im Anschluss eine Stelle in England bekommen, einige auch in Frankreich. In England etwa haben sie schon nach der Promotion ganz schnell eine Chance als Lecturer und wenn sie sich bewähren, haben sie dort auch eine längere Perspektive. Daher meine ich, dass wir unseren Blick etwas weiter schweifen lassen sollten, statt nur innerhalb unseres Rahmens und der hier verfügbaren Stellen zu planen, sondern deutlich europäisch oder auch global, weshalb ich die USA und andere Weltregionen, in denen zunehmend Interesse an unseren jungen Forschern besteht, gern einbeziehen möchte.

**KARL ULRICH MAYER** Zu den drei Punkten. Nachwuchswissenschaftler in der außeruniversitären und universitären Forschung, die relative Benachteiligung der jungen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Universitäten: Ich denke, das hat sich sehr stark durch die Graduiertenschulen relativiert, in denen es eben zunehmend Programme gibt, wo auch Vollzeit geforscht wird. Im Übrigen darf man nicht übersehen, dass auch viele Mitarbeiter in außeruniversitären Einrichtungen auch noch in Projekte eingebunden sind. Das ist auch eine der Verwerfungen, die wir in unserem System haben, dass noch immer nicht klar ist, was die Bedingungen der Promotion sind in dem Sinne „Ist es Vollzeit oder hat man bestimmte Aufgaben daneben?“. Es ist mit Sicherheit so, dass der Anteil der befristeten Stellen in außeruniversitären Einrichtungen enorm zugenommen hat. Das sind nicht nur die Max-Planck-Stipendien, das sind auch z. B. E13-Stellen. In gewisser Weise ist das ja auch ein durchaus attraktives Modell – es gibt hier unterschiedliche Begriffe: Sprungbrettmodell oder Durchlauferhitzermodell –, in dem Personen qualifiziert werden und danach woanders hingehen, neue interessante Personen kennenlernen, mit denen man dann neue Themen bearbeiten kann. Das führt im Übrigen ja auch dazu, dass der Themenwechsel auch in außeruniversitären Instituten manchmal durchaus eine relativ hohe Rate hat. Ob das wirklich bedeutsam ist, wissen wir nicht. Es wäre übrigens enorm leicht auszuzählen, da man nur in der DUZ nachschauen müsste, wie viele von den neu Berufenen aus außeruniversitären Programmen kommen. Ich habe eine doppelte Wahrnehmung. Die eine Wahrnehmung sind meine eigenen Max-Planck-Mitarbeiter, die alle an Hochschulen sind und da offensichtlich hervorragende Chancen hatten. Aber wenn man die Ausschreibungen, die Besetzungen anschaut, dann scheint es doch insgesamt um einen kleinen Anteil zu gehen.

Bundesuniversität: Das ist letzten Endes doch die Vorstellung, wie wir unter die ersten 50 in der Shanghai-Liste kommen können und ich habe das nie für

eine besonders wichtige Frage gehalten. Ich weiß aber, dass es Politiker und auch andere enorm umtreibt. Es scheint mir aber nicht realistisch zu sein. Eine sozusagen überregionale Graduiertenuniversität zu haben, macht auch gar keinen Sinn. Da fände ich lokale Verbände, die es in großen Städten ja auch gibt, viel interessanter.

Frau Fischer-Lichte, Sie haben gesagt – und ich will es jetzt mal überspitzen –, wenn die Leute genügend Zeit hätten, wenn die Lehrbelastung nicht so groß wäre wie sie jetzt ist und sie genügend Ausstattung hätten, dann könnten viele an den Universitäten in einzelnen kleineren Projekten forschen, ohne überhaupt Mittel einwerben zu müssen. Verbände würden lediglich wegen des besseren Prestiges innerhalb der Hochschule angestrebt. Das ist jetzt etwas überspitzt.

**ERIKA FISCHER-LICHTE** Sehr überspitzt, ja.

**KARL ULRICH MAYER** Und Sie haben darauf hingewiesen, dass eine der Lösungen die Chancen in Europa seien. Das ist richtig. Aber dann darf das natürlich keine Einbahnstraße sein, d. h. das darf dann nicht nur Chancen für deutsche Wissenschaftler in Europa bedeuten, sondern da müssen wir auch Verhältnisse schaffen, unter denen englische oder französische Wissenschaftler eine Chance haben, an unsere Hochschulen zu kommen.

**MICHAEL ZÜRN** Noch eine Wortmeldung nehmen wir dazu und dann schließen wir diese Diskussionsrunde ab. Herr Markschies, bitte.

**CHRISTOPH MARKSCHIES** Sie haben das Verhältnis von universitärer und außeruniversitärer Forschung sehr abgewogen, aber sozusagen ohne große Perspektiven für die Zukunft beschrieben. Ich wollte Sie daher einmal nach möglichen Dynamiken in diesem Verhältnis fragen. Wie beurteilen Sie denn das, was jetzt im Rahmen der beiden Förderphasen der Exzellenzinitiative passiert ist? Da sind ja verschiedene Versuche unternommen worden – etwa der Versuch von Universitäten, eigene Institutes for Advanced Study aufzubauen oder der Versuch, einem spezifischen Thema gewidmete Strukturen aufzubauen. Dann die Frage nach der Zukunft der engeren Kooperationen, die da entstanden sind. Und eine dritte Frage: Ist das denn ein sinnvoller Weg, der da eingeschlagen worden ist? Gibt es aus der Beobachtung der Exzellenzinitiative Hinweise darauf, dass das nicht der Fall ist? Und ich würde

schließlich gern auch noch einmal die Frage stellen, ob nicht die Differenzierung zwischen verschiedenen Formen universitärer, aber auch außeruniversitärer Forschung immer auch an den Themen hängt, die da erforscht werden. Vielleicht können Sie dazu noch ein bisschen konkreter werden. Ich erinnere daran, dass wir ja hier immer auch im Rahmen der BBAW darüber diskutiert haben, ob es unter unseren Akademienvorhaben Projekte gibt, die aus dem Akademienprogramm abgegeben werden müssen, weil sie Daueraufgaben sind und daher an spezifische eigene Institute gehören. An anders finanzierte Akademie-Institute beispielsweise. Wie auch immer: Ich fände es schade, wenn wir in solchen spannenden Debatten um die Zukunftsgestaltung des Wissenschaftssystems unsere ureigenen Anliegen als Akademie hintan stellen und uns nur auf das Monitoring der Themen beschränken, die *andere* Institutionen betreffen. Also: Gibt es nicht auch Aufgaben, die für unser Haus schon länger auf der Agenda stehen und in dieses Paket mit hineingenommen werden müssten?

**KARL ULRICH MAYER** Also zunächst einmal, ich glaube, ich habe genügend Überblick, um zu sagen, es gibt in dieser Republik wahrscheinlich so irgendwo zwischen 40 und 60 Forschungsunternehmungen, die darauf warten, in irgendeiner Weise verstetigt zu werden. Das fängt z. B. bei den Geisteswissenschaftlichen Zentren an. Das kann „Leibniz-artig“ auf Zeit sein oder in anderer Form, aber dafür muss man eine Lösung finden. Ich bin sehr dafür, dass es dafür eine Lösung gibt, die nicht von vornherein auf das eine oder andere Modell zugeschnitten ist. Meine Lieblingsidee wäre, dass es hier durchaus einen Wettbewerb gibt, auch an welche Institutionen solche Einrichtungen dann gehen können. Von daher glaube ich, es ist wichtig, dass es institutionelle Förderung gibt. Und dann wäre die Frage, wofür man das eigentlich braucht. Dahinter steht die Idee, dass es für bestimmte Aufgaben, die längerfristig sind als ein Wissenschaftlerleben, die hochspezialisiert sind, vielleicht Sinn macht, außeruniversitäre Forschung zu haben. Entweder es sind Aufgaben von einer Art, wo es einfach sinnvoll ist, sie so zu organisieren und dann ist es relativ egal, wo die physisch sitzen. In den USA gibt es eine Vielzahl solcher institutionell geförderten Einrichtungen, die in Unis sitzen und von Unis verwaltet werden. Ich würde mir aber durchaus wünschen, dass auch Universitäten derartige Formen aus sich heraus entwickeln können. Ich glaube, in der Tendenz wird es weiter solche kritischen Massen geben müssen, für die man – und hier wären die Universitäten gefordert – ganz spezifische

Organisationsformen braucht. Das war auch immer die Lektion aus meiner Wissenschaftsratszeit: Man würde es gerne an den Universitäten machen. Dies würde aber einen Bruch mit der Fachbereichsorganisation und der Gleichbehandlung unter den Kollegen bedeuten. Und genau daran scheitert es dann oft. Wenn die Universitäten das könnten – und im Rahmen der Exzellenzinitiative haben sie solche Fähigkeiten ausgebildet –, dann sieht, glaube ich, die Situation ganz anders aus. Ich war in meiner Max-Planck-Philosophie eigentlich immer ein entschiedener Anhänger davon, absolut nur die Dinge in außeruniversitären Forschungseinrichtungen zu fördern, die man an Universitäten nicht machen kann, die man insbesondere nur allein mit Schreibtischen und Bibliotheken nicht machen kann, und ich bin selbst auch als Direktor aus einem Max-Planck-Institut weggegangen, als ich meine Daten gesammelt hatte. Insofern habe ich das selbst praktiziert. Ich würde heute liberaler sein. Es kann auch enorm produktiv sein – und es gibt dafür auch in diesem Raum gute Beispiele –, bestimmte Themen, die nicht nur an Großgeräte oder an andere materielle Voraussetzungen gebunden sind, für eine Weile auch außeruniversitär oder in ähnlichen Formen in Hochschulen zu privilegieren. Aber insgesamt würde ich immer dafür argumentieren, dass institutionelle Förderung und insbesondere außeruniversitäre Förderung erhebliche Begründungspflichten haben. Das neue Leibniz-Institut für Bildungsverläufe, das nationale Bildungspanel, ist in der Langfristigkeit und in der Bindung von Ressourcen, insbesondere auch in der Zusammenarbeit mit den Universitäten ein gutes Beispiel dafür, dass man nach wie vor Dinge auch außeruniversitär organisieren sollte.